

Reichswehr war während der **Weimarer Republik** und der ersten Jahre des **Dritten Reichs** von 1921 bis 1935 der offizielle Name der deutschen **Streitkräfte**, die in jener Zeit als **Berufsarmee** organisiert waren. Aufgrund der Bedingungen des **Versailler Vertrages** von 1919 unterlagen Umfang und Bewaffnung der das **deutsche Heer des Kaiserreichs** ablösenden Reichswehr starken Beschränkungen. Nach der von **Adolf Hitler** 1935 verkündeten „Wiedererlangung der **Wehrhoheit**“ (Wiedereinführung der **Wehrpflicht** u. ä.) ging die Reichswehr in der neuen **Wehrmacht** auf.

	Reichswehr
	
Führung	
Oberbefehlshaber:	Der Reichspräsident Zuletzt: Paul von Hindenburg bzw. Adolf Hitler
Verteidigungsminister:	Reichswehrminister Zuletzt: Werner von Blomberg
Militärischer Befehlshaber:	Der Reichswehrminister
Sitz des Hauptquartiers:	Wünsdorf
Militärische Stärke	
Aktive Soldaten:	115.000
Wehrpflicht:	Keine
Wehrtauglichkeitsalter:	Vollendetes 17. Lebensjahr
Geschichte	
Gründung:	19. Januar 1919 als „Friedensheer“
Ablösung:	16. März 1935 (Wehrmacht), 1. Juni 1935 (Kriegsmarine)

Struktur der Reichswehr

Rüstungsbeschränkung durch Versailler Vertrag

Im V. Teil des [Friedensvertrags von Versailles](#) hatte sich Deutschland 1919 verpflichtet, „um den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen zu ermöglichen“, den Umfang und die Bewaffnung seiner Streitkräfte derart zu beschränken, dass sie ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb Deutschlands und als Grenzschutz verwendet werden konnten.

Die Personalstärke war entsprechend den Bestimmungen der Siegermächte des [Ersten Weltkrieges](#) in den Artikeln 159 bis 213 des Vertrages auf ein Berufsheer von 100.000 Mann zuzüglich einer 15.000 Mann starken Marine limitiert. Die Einrichtung eines [Generalstabs](#) blieb untersagt. Schwere Waffen wie [Artillerie](#) oberhalb des [Kalibers](#) 105 mm (Marinegeschütze oberhalb 203 mm), [Panzerfahrzeuge](#), [U-Boote](#) und [Großkampfschiffe](#) waren verboten, ebenso jegliche Art von [Luftstreitkräften](#). Die Bestimmungen wurden bis 1927 von der [Interalliierten Militär-Kontrollkommission](#) überwacht.

Die Rüstungsbeschränkungen umging die Reichswehführung durch eine Reihe geheimer und illegaler Maßnahmen: Dazu zählten der heimliche Aufbau einer sogenannten [Schwarzen Reichswehr](#), unerlaubte Waffentests mit Artillerie, Flugzeugen und Panzern in der [Sowjetunion](#) (siehe: [Vertrag von Rapallo](#)), die Einrichtung einer *Führergehilfenschulung*, welche bestimmt war, die verbotene Generalstabsausbildung zu kompensieren sowie die Aufrechterhaltung des Generalstabs im neu geschaffenen [Truppenamt](#). In der [Statistischen Gesellschaft](#) wurde zusammen mit dem [Reichsverband der Deutschen Industrie](#) Planungen für die [Rüstungsindustrie](#) ausgearbeitet. Mit Hilfe von Offizieren im Ruhestand wurden *Volkssportschulen* meist in der Nähe ehemaliger Truppenübungsplätze gegründet, in denen zur Vorbereitung der Ausbildung von Infanteristen Übungsleiter für [Wehrsport](#) ausgebildet wurden.^[1] Dies fand vor allem in Norddeutschland auch mit Unterstützung des [Stahlhelms](#) statt.^[2] Andere Hilfsmittel waren der Einsatz von z. B. [Panzerattrappen](#) für Übungszwecke.

Die Reichswehr sah sich im eigenen Selbstverständnis als „Kaderarmee“ oder „Führerarmee“, das bedeutet, dass jeder Soldat so ausgebildet wurde, dass er die Eignung für höhere Verantwortungsstufen erlangte, was wiederum Grundvoraussetzung für den schnellen Aufwuchs des Heeres nach der Verkündung der *Wehrhoheit* durch das [NS-Regime](#) im Jahre 1935 werden sollte.

Entstehung

Am 9. November 1918 erfolgte während der [Novemberrevolution](#) die [Ausrufung der Republik](#),

wodurch die sofortige Flucht des [Kaisers Wilhelm II.](#) in die Niederlande veranlasst wurde.

Zwei Tage später erfolgte die Unterzeichnung des [Waffenstillstands von Compiègne](#) am 11. November 1918 womit die – neue – Regierung der zügigen Räumung der besetzten Gebiete zugestimmt hat. Bereits am 12. November begann der Rückzug an der [Westfront](#), bis zum 17. Januar 1919 waren auch die linksrheinischen Gebiete frei von deutschem Militär. Nun galt es, diese immer noch mehrere Millionen Soldaten zählenden Verbände der „[Alten Armee](#)“ schrittweise abzurüsten. Dies geschah in den zuvor bestimmten Demobilmachungsorten, üblicherweise den jeweiligen Heimatgarnisonen; für die Regimenter mit linksrheinischen Garnisonen wurden Demobilisierungsorte im Innern des Reichs bestimmt.

Der [Rat der Volksbeauftragten](#) und die [Oberste Heeresleitung](#) beabsichtigten, nach der [Demobilisierung](#) noch bestehende Truppenteile in ein *Friedensheer* zu überführen. Am 19. Januar 1919 erließ die [Reichsregierung](#) die „Vorläufigen Bestimmungen über die Bekleidung des Friedensheeres“ im *Armeeverordnungsblatt* 1919, Nr. 85; die am 6. Februar 1919 zusammengetretene [Weimarer Nationalversammlung](#) beschloss aber am 6. März 1919 das *Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr*.^[3] Es ermächtigte den Reichspräsidenten,

„das bestehende Heer aufzulösen und eine vorläufige Reichswehr zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht die Reichsgrenzen schützt, den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verschafft und die Ruhe und Ordnung im Innern aufrechterhält.“

– § 1 Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr

Die Stärke dieses Heeres sollte 400.000 Mann betragen.

Das *Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine* vom 16. April 1919 ermächtigte ihn,

„die bestehenden Formationen der bisherigen Kriegsmarine

aufzulösen und eine vorläufige Reichsmarine zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen, reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht die deutschen Küsten sichert, durch Minenräumen, Ausübung der Seepolizei und sonstige Unterstützung der Handelsschiffahrt sicheren Seeverkehr ermöglicht, die ungestörte Ausübung der Fischerei gewährleistet, im Verein mit der Reichswehr den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verschafft und Ruhe und Ordnung aufrechterhält.“

Die Stärke der Marine sollte 20.000 Mann betragen.

Vom 1. Oktober 1919 bis zum 1. April 1920 wurden die Streitkräfte der sogenannten **Vorläufigen Reichswehr** in das 200.000 Mann starke „**Übergangsheer**“ transformiert. Gleichzeitig entfielen die bisherigen Verbände und Dienststellen der alten Armee. Über den Zwischenschritt von 150.000 Mann im Oktober 1920 wurde bis 1. Januar 1921 die endgültige Heeresstärke von 100.000 Mann erreicht. Damit wurde zum 1. Januar 1921 die Reichswehr formiert, wobei das Wehrgesetz vom 23. März 1921 die näheren Einzelheiten regelte.

Eid

Die Soldaten wurden auf die [Weimarer Verfassung](#) vereidigt:

„Ich schwöre der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will.“

– Eidesformel der Reichswehr vom 14. September 1919

Gliederung

Kommandostruktur des Reichsheeres

Die Reichswehr war gegliedert in *Reichsheer* („100.000-Mann-Heer“) und *Reichsmarine*. Das Reichsheer bestand aus sieben **Infanterie**- und drei **Kavalleriedivisionen**, wobei alle Verbände neu durchnummeriert waren. Es gab zwei Gruppenkommandos, eines in **Berlin** und eines in **Kassel**. Die Marine war in **Marinestation der Ostsee** und die Marinestation der **Nordsee** aufgeteilt. Für die **Unteroffiziere** und **Mannschaften** betrug die Dienstzeit 12 Jahre, für **Offiziere** 25 Jahre.

Das Wehrgesetz beendete die Militärhoheit der Länder, beließ aber **Sachsen**, **Württemberg**, **Baden** und **Bayern** eine beschränkte Selbstständigkeit. Der Freistaat Bayern stellte eine Besonderheit dar, und zwar insofern, als der Wehrkreis VII das gesamte Landesgebiet mit Ausnahme der **Pfalz** umfasste und in der hier stationierten 7. (bayerischen) Division nur Bayern dienten. Dieser Verband genoss als **Bayerische Reichswehr** bis 1924 gewisse Autonomierechte gegenüber der Reichsregierung.

Befehlshaber der Reichswehr

Gustav Noske (rechts) mit [Walther von Lüttwitz](#) (1920)

Laut [Weimarer Verfassung](#) hatte der [Reichspräsident](#) „den [Oberbefehl](#) über die gesamte Wehrmacht des Reiches“.^[4] Im Frieden wurde er durch den [Reichswehrminister](#) als Inhaber der Befehlsgewalt vertreten. Die militärischen Spitzen waren der Chef der Heeresleitung und der Chef der Marineleitung.

In der Weimarer Republik amtierten zwei Reichspräsidenten: [Friedrich Ebert](#) bis 1925, ihm folgte [Paul von Hindenburg](#).

Erster Reichswehrminister war [Gustav Noske](#), der nach dem [Kapp-Putsch](#) 1920 von [Otto Geßler](#) abgelöst wurde. 1928 übernahm [Wilhelm Groener](#) das Amt, dessen Stellvertreter [Kurt von Schleicher](#) ihn 1932 ablöste. Von Schleicher amtierte auch während seiner zweimonatigen [Kanzlerschaft](#) kommissarisch weiter. Vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ernannte Hindenburg eigenmächtig – nicht wie es in der Verfassung vorgeschrieben war, auf Vorschlag des Kanzlers – [Werner von Blomberg](#) zum Reichswehrminister. Er sollte dabei helfen, die Nationalsozialisten zu „zähmen“, unterstützte diese aber später z. B. durch die Vereidigung der Reichswehr auf Hitler. Allerdings opponierte Blomberg im weiteren Verlauf der Geschichte deutlich und offen gegen Hitlers Pläne eines Angriffskriegs und wurde 1938 im Rahmen der [Blomberg-Fritsch-Krise](#) seiner Ämter enthoben.

Chef der Heeresleitung war anfangs [Walther Reinhardt](#). Nach dem Kapp-Putsch übernahm [Hans von Seeckt](#) diesen Posten; er ließ 1923 sowohl die KPD als auch die NSDAP verbieten.

1926 folgte [Wilhelm Heye](#). Heye wurde 1930 von [Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord](#) abgelöst, der am 27. Dezember 1933 sein Abschiedsgesuch einreichte.

Soziale Zusammensetzung

Bei dem beschränkten Umfang der Armee war eine sorgfältige Auswahl des Personals möglich. Erfahrene [Führungskräfte](#) kamen aus der „[Alten Armee](#)“ des [Kaiserreichs](#). Der Adelsanteil lag 1925 bei 24 % nach 30 % im letzten Friedensjahr 1913 und folgte damit dem langfristigen Trend der Reduzierung des Anteils adliger Offiziere. Große Teile des [Offizierskorps](#) vertraten ein konservatives, monarchistisches Weltbild und lehnten die [Weimarer Republik](#) ab. Insbesondere innerhalb des ehemaligen Adels stand man aber auch dem Nationalsozialismus nicht völlig unkritisch gegenüber (siehe [Adel und Nationalsozialismus](#)).

Einer Demokratisierung der Truppe stemmten sich Reichswehrführung und Offizierskorps erfolgreich entgegen. Bevorzugt wurden Rekruten aus den vornehmlich konservativ geprägten ländlichen Gegenden Deutschlands. Der Reichswehrführung galten sie im Vergleich zu den jungen Männern städtischer Herkunft nicht nur als körperlich überlegen, sondern auch als robust gegenüber den „Versuchungen“ der [Sozialdemokratie](#).

Das Verhältnis der Reichswehr zur Weimarer Republik

Die Krisenjahre 1919–1923

Groener 1917 mit seiner Frau

Nach der Niederlage im [Ersten Weltkrieg](#) stellte die bisherige [Oberste Heeresleitung](#) (OHL) [Wilhelm Groener](#) dem [Rat der Volksbeauftragten](#) unter [Friedrich Ebert](#) die Dienste der Armee zur Verfügung.

Siehe auch: [Ebert-Groener-Pakt](#)

Zusammenwirken mit rechten Freikorps gegen „rote Reichsfeinde“

Die Reichswehr sicherte damit der neuen Regierung das Überleben. In den krisengeschüttelten frühen 1920er Jahren wurde das Militär vor allem im Kampf gegen aufständische linke Kräfte eingesetzt, wie etwa beim [Spartakusaufstand](#) 1919.

Den 1923 aufgelösten [Freikorps](#) überließ die Reichswehr überall dort die „Landesverteidigung“, wo ihr der Versailler Vertrag die Hände band oder die eigene Personalstärke nicht ausreichte (Grenzkampf gegen polnische und litauische Freischärler, Einsatz gegen die „[Rote Ruhrarmee](#)“ im entmilitarisierten Rheinland). Mit nationalistischen Freikorps kooperierte sie, als sie im Oktober und November 1923 anlässlich der sogenannten „[Reichsexekutionen](#)“ gegen linke Regierungen in [Thüringen](#) und [Sachsen](#) vorging. Zu den politisch rechts stehenden, republikfeindlichen Wehrverbänden ([Stahlhelm](#), [Kyffhäuserbund](#)) pflegte die Reichswehrgeneralität enge Kontakte, obwohl sie sich offiziell als „unpolitisch“ bezeichnete.

Passivität beim Kapp-Putsch

Im März 1920 wurde die Reichswehr von der politischen Führung nicht gegen den [Kapp-Putsch](#) eingesetzt. Der Chef des Truppenamtes – des getarnten Generalstabs der Reichswehr – [Hans von Seeckt](#) hatte sich vorher mit der angeblichen Formulierung *Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr* dagegen ausgesprochen. Seeckt besaß allerdings auch keine Kommandogewalt. Der Chef der Heeresleitung und damit oberste Militär [Walther Reinhardt](#) war für den Einsatz der treuen Reichswehrverbände. Der kommunistische [Märzaufstand](#), der während des Kapp-Putsches im [Ruhrgebiet](#) und [Sachsen](#) begann, wurde dagegen rücksichtslos niedergeschlagen; Teilnehmer des Kapp-Putsches waren beteiligt. Als Folge des Putsches wurde der bisherige [Reichswehrminister Gustav Noske](#) (SPD) durch [Otto Geßler](#) (DDP) ersetzt.

Heimliche Rüstungskooperation mit der Sowjetunion

Seit 1921 versuchte die Führung der Reichswehr im Geheimen in Zusammenarbeit mit der [Roten Armee](#) entgegen dem Versailler Vertrag die Reichswehr zu erweitern, neue [Waffensysteme](#) einzuführen und eine Luftwaffe aufzubauen. Deutschland unterstützte die Entwicklung moderner Technologien und konnte eigene Soldaten in der Sowjetunion ausbilden lassen.

Im Februar 1923 reiste der neue Chef des Truppenamtes, Generalmajor [Otto Hasse](#), zu Geheimverhandlungen nach [Moskau](#). Deutschland unterstützte den Aufbau der sowjetischen Industrie, Kommandeure der Roten Armee erhielten eine Generalstabsausbildung in Deutschland. Dafür erhielt die Reichswehr die Möglichkeit, Artilleriemunition aus der Sowjetunion zu beziehen, Flieger- und Panzerspezialisten auf sowjetischem Boden auszubilden und dort chemische Kampfstoffe herstellen zu lassen. In der russischen Stadt [Lipezk](#) wurde eine [geheime Fliegerschule und Erprobungsstätte der Reichswehr](#) gegründet und etwa 120 Militärpiloten, 100 Luftbeobachter und zahlreiches Bodenpersonal als Stamm für eine zukünftige deutsche Fliegerwaffe ausgebildet. Bei Kasan wurden Panzerfachleute ausgebildet, allerdings erst ab 1930 und nur ungefähr dreißig. In [Tomka](#) (bei [Saratow](#)) wurden [Kampfstoffe](#) erprobt und entwickelt.

Im Dezember 1926 legte der Sozialdemokrat [Philipp Scheidemann](#) im [Reichstag](#) diese Zusammenarbeit offen und stürzte damit die Regierung unter [Wilhelm Marx](#). 1931 wurde der [Journalist Carl von Ossietzky](#) wegen eines Berichts über die schon bekannte Zusammenarbeit wegen [Landesverrats](#) verurteilt.

Seeckt im Jahr 1923

Hans von Seeckt bei einer
Reichswehrübung

Die [Ruhrbesetzung](#) 1923 zeigte auch die Schwäche der Reichswehr. Als Reaktion auf einen Versuch in [Bayern](#), eine [Rechtsdiktatur](#) zu errichten, übertrug Ebert im November die vollziehende Gewalt auf Reichswehrminister Geßler. Damit lag die Gewalt in der Realität bei

Seeckt, dem Chef der Heeresleitung, der eine **Reichsexekution** gegen die Regierung unter **Gustav Ritter von Kahr** verhinderte. Beteiligt war auch **Otto von Lossow**, der bayerische **Wehrkreiskommandeur**. Er wurde von Geßler seines Amtes enthoben. Wie Seeckt in einem Brief, den er nicht abschickte, schrieb, sympathisierte er mit der Regierung in München und betrachtete die **Weimarer Verfassung** nicht als *noli me tangere* (dt.: „rühr mich nicht an!“). Sie widerspreche seinem politischen Denken. Weiterhin führte er in dem Brief aus, dass er auf Grund des fehlenden Vertrauens der Reichswehr zur Regierung von **Gustav Stresemann** einen **Bürgerkrieg** voraussehe, der nur durch einen Umschwung der Regierung verhindert werden könne. Er äußerte die Überzeugung, dass sich eine Regierung ohne Unterstützung der Reichswehr nicht lange würde halten können. Den **Hitlerputsch** vom 8./9. November 1923 unterstützte er jedoch nicht.

Als Seeckt am 3. November seine Bereitschaft zur Kanzlerschaft andeutete und Ebert dies mit Hinweis auf außenpolitische Gründe und seine Unentbehrlichkeit als Chef der Heeresleitung ablehnte, akzeptierte Seeckt die Ablehnung. Er wollte von einem **Putsch**, wie ihn einige hohe Offiziere gefordert hatten, nichts mehr wissen. Im Februar 1924 gab Seeckt die diktatorischen Vollmachten, die er von Ebert erhalten hatte, wieder ab.

„Unpolitischer“ Waffenträger oder demokratieferner „Staat im Staate“

Paul von Hindenburg schreitet eine Ehrenkompanie der Reichswehr ab (1926)

Kurt von Schleicher 1932

1925 wurde mit dem [Vertrag von Locarno](#) eine gewaltsame Änderung der Westgrenzen ausgeschlossen, und 1926 trat Deutschland dem [Völkerbund](#) bei. Die Position der Reichswehr kann gut durch Gespräche zwischen Reichspräsident Ebert und Seeckt, dem Chef der Heeresleitung, dargestellt werden. Auf die Frage, wo die Reichswehr stehe, antwortete Seeckt: *Die Reichswehr steht hinter mir*. Auf die Frage, ob die Reichswehr zuverlässig sei, antwortete er: *Ob sie zuverlässig ist, weiß ich nicht, aber mir gehorcht sie*.

Gruppenmanöver der 5. und 7. Division in Bayern, Württemberg und Baden 1926. Zweiter von rechts der damalige Hauptmann [Alfred Jodl](#), links daneben sein Bruder Ferdinand Jodl

Nach der Wahl [Paul von Hindenburgs](#) zum Reichspräsidenten (1925) wurde er als Sieger von [Tannenberg](#) statt Seeckt zur Identifikationsfigur der Soldaten. Am 8. Oktober wurde Seeckt wegen der Teilnahme eines Sohnes des früheren Kaisers an einem [Manöver](#) entlassen, allerdings gab es wahrscheinlich auch andere Gründe, wie die Kritik an der undemokratischen Führung der Reichswehr.

Nach dem Kapp-Putsch hatte sich die Reichswehr unter Seeckt und Geßler offiziell „unpolitisch“ verhalten. Angehörige der Reichswehr hatten kein [Wahlrecht](#), unterlagen der reichswehrinternen Jurisdiktion und waren damit losgelöst vom gesellschaftspolitischen Werdegang. Wegen ihrer unmittelbaren Unterstellung unter den Reichspräsidenten und durch den [Ebert-Groener-Pakt](#) konnte sich die Armee eine weitgehende innere Autonomie sichern. Sie nutzte dies, um der Reichsregierung – z. B. während des Kapp-Putschs – den Gehorsam zu verweigern. Die Autonomie auch bei der Auswahl des Personals sowie ihr Wertekodex und die Ansicht, dem Staat und nicht der Staatsform zu dienen, machten die Reichswehr in Verbindung mit der eigenen Jurisdiktion unter dem Reichspräsidenten zum schwer kontrollierbaren „[Staat im Staate](#)“.

Ein Beispiel für die steigende Kritik war nach der Entlassung Seeckts der Vorschlag von Reichstagspräsident [Paul Löbe](#), die Anstellung von Rekruten nur noch von deren körperlicher Tauglichkeit abhängig zu machen. Er wollte damit erreichen, dass die Zusammensetzung der Reichswehr dem Gesamtbild der Gesellschaft näherkomme. Die Reichswehr war, zumal im Offizierskorps, stark nationalkonservativ-protestantisch geprägt, die Mannschaften kamen zum großen Teil aus Agrar- und Handwerksberufen. Nicht von ungefähr fand denn etwa in diesen Kreisen die republikfeindliche [Dolchstoßlegende](#) zahlreiche Anhänger. Abgesehen davon war der Dienst im Heer für andere Gruppen der Gesellschaft ohnehin weniger attraktiv. Die praktizierte Personalauswahl entsprach aber genau den Vorstellungen der Reichswehrführung („erwünschte Kreise“).

Uniformdarstellung der Reichswehr,
Stand 1926

Deshalb ertete Löbe heftigen Widerspruch aus konservativen Kreisen. Sie waren der Meinung, eine Öffnung würde das Niveau der Reichswehr senken. Während in der Reichswehr der Krieg weiterhin als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele gesehen wurde, war die Politik mit dem [Vertrag von Locarno](#) und dem [Dawes-Plan](#) eher auf die Erhaltung des Friedens und der Völkerverständigung ausgerichtet. Seeckt und seine Offiziere waren gegen den Beitritt zum Völkerbund und sahen durch den Pazifismus der Linken auch ihre Existenz bedroht.

Nachfolger Seeckts wurde [Wilhelm Heye](#), allerdings gewann vor allem der damalige Abteilungsleiter im [Reichswehrministerium Kurt von Schleicher](#) an Macht. Unter seiner Führung griff die Reichswehr stärker in die Politik ein, um ihre Ziele zu erreichen, und die [Republik](#) und die Reichswehr rückten näher zusammen. Die Reichswehr akzeptierte die Demokratie als [Staatsform](#) und Groener sah sie als wichtigen Teil des Volkes und *Machtinstrument der Deutschen Republik*.

Im Februar 1927 wurde die [Interalliierte Militär-Kontrollkommission](#), die bis dahin die Abrüstung überwacht hatte, abgezogen.

Der Beschluss zum Bau des kampfkraftigen [Panzerschiffs A](#), das den Bestimmungen des Versailler Vertrags entsprach, eine Prestigefrage, brachte 1928 [Hermann Müller](#) und [seiner](#)

Koalition (28. Juni 1928 bis 27. März 1930) Probleme. Für die Reichswehrführung war die Entscheidung zum Bau eine politische Grundsatzentscheidung. Schon der Haushalt 1929 enthielt die erste Rate für das **Panzerschiff B**.

Der Gewinner der Annäherung zwischen Republik und Reichswehr war vor allem die Reichswehr. Sie erreichte eine Erhöhung des Wehretats. Eine Kritik am **Wehretat** wurde als Angriff auf die Reichswehr und damit den Staat betrachtet.

Das Ende der Weimarer Republik

Soldaten der Reichswehr während
eines Manövers, 1930

Soldaten während des
Reichswehrherbstmanövers im Raum
Frankfurt an der Oder, 1930

Durch die **Präsidialkabinette** ab 1930 wurde die Macht der Reichswehr wieder größer, da nun der frühere Chef der **OHL**, Hindenburg, an der Macht war. **Heinrich Brüning** wurde als ehemaliger Soldat von der Reichswehr akzeptiert und verschonte diese vor seinen unbeliebten **Sparmaßnahmen**. **Franz von Papen** und General Kurt von Schleicher erwogen, die Reichswehr zur Abschaffung der Demokratie einzusetzen. Außerdem war eines der Hauptziele eine im Interesse der Reichswehr liegende Revision des Versailler Vertrages.

Als 1930 drei Offiziere (Leutnant **Richard Scheringer**, Leutnant **Hanns Ludin** und Oberleutnant Hans Friedrich Wendt) wegen nationalsozialistischer Betätigung in der Reichswehr vor

Gericht standen, kam es zum [Legalitätseid](#) Hitlers.

Bei der Bildung der [Harzburger Front](#) 1931 waren auch hochrangige Mitglieder der Reichswehr anwesend.

1932 verbot Groener, der inzwischen auch Innenminister geworden war, die [SA](#). Er verlor damit das Vertrauen der Reichswehr und musste zurücktreten.

Am 13. September 1932 wurde auf Initiative der Generäle [Wilhelm Groener](#) und [Kurt von Schleicher](#) das [Reichskuratorium für Jugendertüchtigung](#) zur Wehrerziehung der deutschen Jugend gegründet.

Beim [Preußenschlag](#) wurde die vollziehende Gewalt in Berlin und [Preußen](#) vorübergehend an die Reichswehr übertragen.

Die Reichswehr unter Hitler

Vereidigung von Reichswehr-Soldaten
auf Hitler (August 1934)

Nach der [Machtübernahme](#) im [Reich](#) benötigte [Adolf Hitler](#) die Armee für seine Außenpolitik und entschied sich, der erfahrenen und leistungsfähigen Reichswehr gegenüber der Parteitruppe SA den Vorzug zu geben. Er stellte bereits am 3. Februar 1933 den Generälen sein Regierungsprogramm vor. Unter anderem versprach er ihnen, dass die Reichswehr der alleinige Waffenträger Deutschlands bleibe, und kündigte die Wiedereinführung der Wehrpflicht an ([Liebmann-Aufzeichnung](#)). Die Reichswehr hoffte einerseits auf verstärkte Bemühungen zur Revision des Versailler Vertrags und den Aufbau eines starken Militärs und einer straffen Staatsführung. Man befürchtete aber auch, dass die Reichswehr von der 3 Millionen Mitglieder zählenden [SA](#) verdrängt werden könnte. Die Reichswehr unterstützte Hitler bei der *Entmachtung der SA* im Sommer 1934, als das Gerücht verbreitet worden war, Röhm habe [Putschpläne](#) und ein „[Röhm-Putsch](#)“ stehe bevor, den es zu vereiteln gelte. Zwei Generäle der Reichswehr (Kurt von Schleicher und [Ferdinand von Bredow](#)) wurden von der

SS getötet. Das **Offizierkorps** nahm diese Morde widerspruchslos zur Kenntnis.

Am Todestag des Reichspräsidenten **Paul von Hindenburg**, dem 2. August 1934, ließ der **Reichswehrminister Werner von Blomberg** die Reichswehr auf die Person Hitlers vereidigen (siehe **Führereid**).

Am 1. März 1935 wurde die **Luftwaffe** gegründet, am 16. März die allgemeine **Wehrpflicht** in Deutschland wieder eingeführt – beides verstieß gegen den Versailler Vertrag – und im selben Gesetz die Reichswehr in „**Wehrmacht**“ umbenannt. Am 1. Juni 1935 wurde auch das Reichsheer in „**Heer**“ und die **Reichsmarine** in „**Kriegsmarine**“ umbenannt.

Siehe auch

- **Landwehr**
- **k.u.k. Armee**
- **Nationale Volksarmee**
- **Bundeswehr**

Literatur

- Otto Lippelt, Ernst Huckstorf: *Fünfzehn Jahre Stahlhelm in Niedersachsen*, Druck- und Verlagsgesellschaft **Lüchow in H[ollstein]**. 1936, **DNB 576503185** .
- **Harold J. Gordon Jr.**: *Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926*. Übersetzung durch **Siegfried Maruhn**, Verlag für Wehrwesen Bernard & Graefe, Frankfurt am Main 1959.
- **Francis L. Carsten**: *Reichswehr und Politik, 1918–1933*. Kiepenheuer & Witsch, Köln u.a. 1964.
- **Rainer Wohlfeil, Hans Dollinger**: *Die deutsche Reichswehr. Bilder, Dokumente, Texte. Zur Geschichte des Hunderttausend-Mann-Heeres 1919–1933*. Bernard und Graefe, Frankfurt am Main 1972, **ISBN 3-7637-5109-2**.
- Adolf Reinicke: *Das Reichsheer 1921–1934. Ziele, Methoden der Ausbildung und Erziehung sowie der Dienstgestaltung* (= *Studien zur Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung*. Band 32). Biblio, Osnabrück 1986, **ISBN 3-7648-1457-8**.
- Adolf Schicht, **Jürgen Kraus**: *Die Uniformierung und Ausrüstung des deutschen*

Reichsheeres 1919–1932 (= *Veröffentlichungen des Bayerischen Armeemuseums*. Bd. 4). Bayerisches Armeemuseum, Ingolstadt 1987.

- **Manfred Zeidler**: *Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit* (= *Beiträge zur Militärgeschichte*, Band 36). Oldenbourg, München 1993; 1994, [ISBN 3-486-55966-4](#) (Dissertation, Universität Frankfurt am Main 1990, 374 [16] Seiten, Illustrationen).
- Heinfried Voß: „*Das neue Haus der Reichswehr*“. *Militärische Sozialisation im politischen und militärischen Übergang. Der Aufbau der vorläufigen Reichswehr 1919–1920 und ihre politische Funktion in der Republik, dargestellt an ihren badischen Truppenteilen.* (= *Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Band 15). Scripta-Mercaturae, St. Katharinen 1992, [ISBN 3-922661-99-8](#) (Dissertation Universität Duisburg 1990, VI, 362 Seiten).
- Friedrich P. Kahleneberg, Kai von Jena: *Reichswehr und Rote Armee, Dokumente aus den Militärarchiven Deutschlands und Russlands 1925 - 1931* (= *Materialien aus dem Bundesarchiv*, Heft 2), Bearbeitung von Kai von Jena und Natalja E. Elisseeva unter Mitarbeit von Hannsjörg F. Buck und Ivan V. Uspenskij, Bundesarchiv, Koblenz 1995, [ISBN 3-89192-050-4](#)
- Heiner Möllers: „*Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr!*“ *Legenden um den Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920.* In: *Militärgeschichte*. Jg. 11, Heft 3, 2001, [ISSN 0940-4163](#) , S. 53–61.
- Dirk Richhardt: *Auswahl und Ausbildung junger Offiziere 1930 - 1945: zur sozialen Genese des deutschen Offizierkorps*, [2005], [DNB 975984101](#) (Dissertation Universität Marburg 2003, 386 Seiten [Volltext online](#) PDF, kostenfrei, 386 Seiten, 2,1 MB).
- Christian Saehrendt: *Der Stellungskrieg der Denkmäler. Kriegerdenkmäler im Berlin der Zwischenkriegszeit.* (= *Politik- und Gesellschaftsgeschichte*. Band 64). Dietz, Bonn 2004, [ISBN 3-8012-4150-5](#).
- Peter Keller: »*Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr*«. *Die deutsche Armee 1918–1921* (= *Krieg in der Geschichte*, Band 82), Schöningh, Paderborn 2014, [ISBN 978-3-506-77969-4](#) (Leicht veränderte Fassung der Dissertation Universität Augsburg 2013, 310 Seiten).

Weblinks

Commons: Reichswehr – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

Wiktionary: Reichswehr – Bedeutungserklärungen, Wortherkunft, Synonyme, Übersetzungen

- [Wehrgesetz](#)
- [Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr \(Quelle\)](#)
- [Deutsches Historisches Museum – Stichwort Reichswehr](#)
- [Kai Uwe Tapken: *Demobilmachung, 1918/1919 \(militärisch\)*. In: *Historisches Lexikon Bayerns*. 1. März 2011, abgerufen am 8. März 2012.](#)
- [Kai Uwe Tapken: *Reichswehr in Bayern*. In: *Historisches Lexikon Bayerns*. 19. Dezember 2011, abgerufen am 8. März 2012.](#)

Einzelnachweise

1. [Arnd Krüger](#) & Frank von Lojewski: Ausgewählte Aspekte des Wehrsports in Niedersachsen in der Weimarer Zeit, in: [Hans Langenfeld](#) & Stefan Nielsen (Hrsg.): *Beiträge zur Sportgeschichte Niedersachsens. Teil 2: Weimarer Republik*. (⇐ Schriftenreihe des [Niedersächsischen Instituts für Sportgeschichte](#), Bd. 12) Niedersächsisches Institut für Sportgeschichte NISH, Hoya 1998, [ISBN 3-932423-02-X](#), S. 124–148.
2. Landesverband Niedersachsen (Hrsg.). Fünfzehn Jahre Stahlhelm in Niedersachsen. Zsgest v. O. Lippelt; E. Huckstorf. Lüchow i. H.: Druck- u. Verlagsges. 1936.
3. [Rechtsakte der Weimarer Republik](#)
4. Artikel 47 der Reichsverfassung

Divisionen der Reichswehr

Allgemeine Divisionen: [1.](#) | [2.](#) | [3.](#) | [4.](#) | [5.](#) | [6.](#) | [7.](#)

Kavallerie: [1.](#) | [2.](#) | [3.](#)

Regimenter der Reichswehr

Infanterie: [1.](#) | [2.](#) | [3.](#) | [4.](#) | [5.](#) | [6.](#) | [7.](#) | [8.](#) | [9.](#) | [10.](#) | [11.](#) | [12.](#) | [13.](#) | [14.](#) | [15.](#) | [16.](#) | [17.](#) | [18.](#) | [19.](#) | [20.](#) | [21.](#)

Kavallerie: [1.](#) | [2.](#) | [3.](#) | [4.](#) | [5.](#) | [6.](#) | [7.](#) | [8.](#) | [9.](#) | [10.](#) | [11.](#) | [12.](#) | [13.](#) | [14.](#) | [15.](#) | [16.](#) | [17.](#) | [18.](#)

Artillerie: [1.](#) | [2.](#) | [3.](#) | [4.](#) | [5.](#) | [6.](#) | [7.](#)

Normdaten (Körperschaft): [GND: 5031652-7](#) | [LCCN: no2010013602](#) | [VIAF: 144652634](#)

Zuletzt bearbeitet vor 22 Tagen von URTh
